

«An der Kehle der Weltwirtschaft» | Die Weltwoche, Ausgabe 04/2015 | Sonntag, 25. Januar 2015

DIE WELTWOCH

«An der Kehle der Weltwirtschaft»

Das Südchinesische Meer werde zur umstrittensten Zone der Welt, sagt Robert D. Kaplan. Der reisende Stratege zeigt Charakter und Grenzen der Grossmacht China auf und propagiert eine Aussöhnung mit dem Iran. Für Europa im Bann des islamischen Terrors sieht er nur eine Lösung.

Von Urs Gehrig



«Erwartet nicht, dass das Entsetzen und der Zorn lange andauern werden»

Bild: Sally Montana

Robert Kaplan, sind Sie Charlie?

Ich bin ein Betrachter aus der Ferne, und was ich sehe, sind Terroranschläge in Frankreich, bei



Urs Gehrig

welchen siebzehn Menschen umgebracht wurden. Sie ereignen sich in einer Phase der europäischen Geschichte, in der die Eliten weder den politischen noch den institutionellen Willen zeigen, mit Europas wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden. Soziale Spannungen haben sich aufgebaut; es ist unklar, was die Zukunft der EU sein wird. Terror, Immigration, das Scheitern, Einwanderer zu integrieren, ökonomisches Malaise, die Schwäche Frankreichs, eines Schlüsselstaats in Europa – ich sehe alle diese Faktoren in einer Kettenreaktion.

Anschläge in Paris, Terroralarm in Belgien und Deutschland, überall in Europa fürchtet man sich vor weiteren islamistischen Angriffen. Wie schätzen Sie die Lage ein?

Wichtig ist jetzt, nicht emotional zu reagieren, sondern analytisch. Die Europäer wollen Frieden und Sicherheit, aber dafür muss man einen Preis bezahlen.

Was ist der Preis?

Erhöhte Überwachung. Die beste Art, künftig solche Anschläge zu verhindern, ist die nachrichtendienstliche Observation von islamistischen Netzwerken. Nur so können diese vor einem gewalttätigen Anschlag ausgehoben werden.

In Frankreich debattiert man über eine Art «Patriot Act», wie sie die USA nach 9/11 verabschiedet haben. Kritiker sehen darin eine zu rigorose Beschneidung der Bürgerfreiheiten.

Erwartet nicht, dass das Entsetzen und der Zorn, welche die Anschläge von Paris entfacht haben, lange andauern werden. Besonders wenn jetzt kein nächstes Attentat mehr folgt. Wenn Europa vier weitere Monate ohne gravierenden Anschlag erlebt, wird die öffentliche Stimmung wieder abflachen auf ein Niveau der Taten- und Sorglosigkeit. Es ist eine Ironie: Je besser die Sicherheitsdienste ihren Job machen, solche Gruppen vor einer geplanten Tat aufbrechen, desto selbstgefälliger wird die Öffentlichkeit.

Angeführt von internationaler Politprominenz, haben vier Millionen Menschen in Paris Einheit gegen den Terror demonstriert. Eine Schlüsselfigur wurde allseits vermisst: Barack Obama. War seine Absenz ein Beleg dafür, dass die USA ihr Interesse an Europa verlieren?

Die Obama-Administration hat den unverzeihlichen Fehler begangen, kein hochrangiges Regierungsmitglied an die grosse Kundgebung zu schicken. Vergessen wir nicht, wir leben in einem Medienzeitalter, Aussenpolitik hat eine wichtige symbolische Komponente. Ronald Reagan hatte diesen angeborenen Instinkt für Symbolik. Das ist einer der Gründe, weshalb man

Reagan als grossen Präsidenten in Erinnerung behält.

Seit 2011 orientiert sich Amerika zunehmend am pazifischen Raum. Dort sorgt der Aufstieg Chinas für Nervosität. Sucht Peking bloss die Rolle eines freundlichen Hegemonen, oder hat es aggressiv-expansionistische Ambitionen?

China steigt auf normale Weise zu einer Grossmacht auf. Es ist kein Schurkenstaat, es droht kein anderes Land zu vernichten in der Art, wie der Iran gedroht hat, Israel zu zerstören. Wenn sich neue Mächte in der internationalen Arena formieren, kommt es oft zu Instabilität und Konflikten, denn das internationale System muss sich neu organisieren.

In Ihrem jüngsten Buch, «Asia's Cauldron», vergleichen Sie die heutige Rolle Chinas im Südchinesischen Meer mit derjenigen der USA in der Karibik vor hundert Jahren. Welches sind die Parallelen?

Zwischen 1898 und 1914 schlugen die USA die Spanier und bauten den Panamakanal. Dies erlaubte den Amerikanern, den Atlantik mit dem Pazifik zu verbinden und beide zu dominieren. Es war die Dominanz des karibischen Beckens, welche es den USA ermöglichte, die westliche Hemisphäre zu kontrollieren, was sie wiederum in die Lage versetzte, das Kräftegleichgewicht in der östlichen Hemisphäre neu zu ordnen. In ähnlicher Weise nun stellt das Südchinesische Meer für den Handel im Pazifik eine Verbindung zum Indischen Ozean dar, was China Optionen zur Expansion und Dominanz eröffnet.

Sie prognostizieren, das Südchinesische Meer werde zur «umstrittensten maritimen Zone der Welt». Welche Konflikte erwarten Sie?

Davos diskutiert seit Jahren über Globalisierung. Aber was ist Globalisierung wirklich? Es ist Containerschiffverkehr. Neunzig Prozent aller Güter, die von einem Kontinent zu einem andern transportiert werden, legen den Weg auf den Meeren zurück. Das heisst: Bevölkerte Wasserwege brauchen grössere Seestreitkräfte, die den Seehandel bewachen. Es gibt eine wachsende Gefahr von Zwischenfällen, die ausser Kontrolle geraten, die zu Militärkonflikten führen können. Die asiatische maritime Zone wird zu einer gedrängten, nervösen und komplizierten Weltgegend. Eine Schlüsselstelle ist das Südchinesische Meer, es liegt wie eine Kehle zwischen dem Westpazifik und dem Indischen Ozean; mehr als die Hälfte des Seehandels passiert dieses Gewässer. Dennoch bin ich überzeugt, dass es an der neuralgischen Passage nicht zu Krieg kommt.

Was stimmt Sie zuversichtlich?

Es ist nicht im Interesse von China, Japan, Südkorea und ostasiatischen Staaten, in einen militärischen Konflikt zu geraten. China möchte eine asiatische Version der Monroe-Doktrin etablieren, durch welche die USA im 19. Jahrhundert die Herrschaft über die westliche Hemisphäre von den Europäern übernommen hatten. Die USA werden dagegen versuchen, im ostasiatischen Raum zu bleiben. Sie werden sich hüten, einen Krieg mit China vom Zaun zu brechen. Dennoch werden sie mit Engagement versuchen, China davon abzuhalten, seine

Nachbarn zu dominieren.

Auf welche Weise könnte China seine Nachbarn dominieren?

China wird wohl versuchen, Länder wie Vietnam, Malaysia oder die Philippinen zu finnlandisieren.

Finnlandisieren? Was meinen Sie damit?

Erinnern wir uns an die Zeit des Kalten Kriegs. Finnland, das eine lange Landgrenze mit der ehemaligen Sowjetunion hatte, war demokratisch, kapitalistisch, aber seine Aussenpolitik war abhängig von Moskau. Finnland konnte nicht der Nato beitreten, es gab von Moskau definierte Parameter, ausserhalb welchen Finnland sich nicht bewegen konnte. Finnlandisierung war für die Sowjetunion eine erfolgreiche Form der Dominanz und eine preiswerte dazu, denn sie kostete den Kreml nicht viel an Ressourcen oder Energie. Ich denke also, was China versuchen wird, ist eine Form der Finnlandisierung des asiatischen Raums, indem es Vietnam, den Philippinen, Malaysia und Singapur Parameter für deren Sicherheits- und Aussenpolitik definiert, nach dem Vorbild der Sowjetunion mit ihrem Nachbarn. Überhaupt erinnert mich das Südchinesische Meer in vielem an das Mitteleuropa des 20. Jahrhunderts.

Mitteleuropa ist eine Landmasse, Ostasien ist von Meeren dominiert, das ist doch ein erheblicher Unterschied.

Wenn wir die Karte von Ostasien anschauen, stellen wir fest: Das Chinesische Meer hat eine Prominenz ähnlich der mitteleuropäischen Landmasse im 20. Jahrhundert. Der Unterschied allerdings ist, Europa war als Landschaft scharf begrenzt, mit Armeen befrachtet, die sich alle begegneten, es war der Schauplatz zweier Weltkriege sowie des Kalten Kriegs, sie alle wurden um die Kontrolle von Zentraleuropa geführt. Das Südchinesische Meer ist eine maritime Zone. Die Unterschiede zwischen den Bevölkerungen sind riesig. Dieser Umstand stimmt hoffnungsvoll. Ich bin zuversichtlich, dass das Südchinesische Meer als Barriere gegen Aggression funktionieren wird. Aus geografischen Gründen wird die Zone voraussichtlich friedlicher sein, als es Zentraleuropa im 20. Jahrhundert gewesen ist.

Bemerkenswert ist die Absenz von grossen ideologischen Kämpfen in der asiatischen Zone. Die Motoren der asiatischen Staaten scheinen durch Handel und Macht angetrieben, nicht durch Ideologie oder Moral.

Nach dem Kalten Krieg bezeichnete man Europa lange als «postnational». Die EU ist eine Form der Globalisierung auf kontinentaler Basis. Die Europäer waren pazifistisch, sie waren gegen hohe Verteidigungsbudgets. Dies mag sich nun möglicherweise ändern. Ostasien dagegen tickt anders. Ostasiatische Staaten sind sehr nationalistisch auf ethnischer Basis. Japan, China, Vietnam, die Philippinen, Malaysia, Südkorea, alle haben temperamentvolle ethnische Nationalismen. Bei ihren Disputen geht es nicht um humanistische oder politische Ideen, sondern um Nationalismus und wirtschaftliche Macht, um Besitz und Nutzung des Westpazifiks. Es geht um Geografie.

Welche Rolle spielt Geografie in der modernen Weltpolitik?

Jede intelligente Diskussion über Sicherheit beginnt mit Geografie. Die Lage auf der Karte ist das Erste, was einen Staat definiert, mehr als die jeweilige Philosophie oder Politik. Der Standort definiert Beschränkungen und Möglichkeiten eines Landes. Grossbritannien ist eine grosse Insel. Es konnte sich während Jahrhunderten in relativer Sicherheit entwickeln, dies ist einer der Gründe, warum sich eine solide Demokratie etablierte. Das Gefühl, man habe die Geografie überwunden, hat verhängnisvolle Formen angenommen. In Afghanistan und im Irak zum Beispiel mussten die US-Streitkräfte lernen, dass selbst mit modernster Technologie ein Land sich nicht beherrschen lässt. Selbstverständlich gibt es noch viele andere Faktoren. Fünfzig Prozent der Weltpolitik hängen von den federführenden Persönlichkeiten ab. Aber alles beginnt mit der Geografie. Sie definiert logistische Nachschublinien, Handelsrouten für Öl und Gas, Demografie et cetera. Kurz: Geografie ist eine reiche Tapiserie, die Sicherheit und Strategie grundlegend prägt.

Wie sollte Amerika auf eine von Peking dominierte Hemisphäre reagieren, auch bezüglich seiner Alliierten im pazifischen Raum?

Es wäre nicht verantwortungsvoll, wenn die USA ein chinesisches Imperium über den Indopazifik – den Indischen Ozean und den Westpazifik – einfach hinnehmen würden. Die USA sind eine Pazifikmacht. Sie haben während des Zweiten Weltkriegs, des Korea- und Vietnamkriegs im Pazifik gekämpft. Die Philippinen sind Amerikas ältester Vertragspartner. Die USA haben Zehntausende Truppen in Japan stationiert. Amerika hat tief verwebte emotionale Beziehungen mit den wichtigsten Ländern Ostasiens. Natürlich muss es Platz für China machen, während China sein Wirtschaftswachstum seit 35 Jahren in militärische Macht umsetzt. Aber die einzige verantwortliche Politik der USA ist, ein aktives Kräftegleichgewicht im Pazifik zu halten.

Im Oktober 2011 proklamierte Obamas damalige Aussenministerin Hillary Clinton «Amerikas pazifisches Jahrhundert». Sie kündigte an, die USA würden im Zentrum des Geschehens sein. Was hat die Obama-Regierung mit ihrer Pazifikpolitik bisher erreicht?

Präsident Obama hatte das richtige Konzept in diplomatischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht. Das Problem ist, dass die USA eine globale Verantwortung tragen, nicht nur im Pazifik, auch im Nahen Osten, in Südamerika. Auch in Europa sind die USA gebunden, in dieser neuen Ära des russischen Revanchismus muss Washington der Nato und Europa mehr Beachtung schenken. Es ist also nicht möglich, den Fokus total auf den Pazifik zu drehen, sondern nur, einen neuen Akzent zu setzen. Und hoffentlich werden die USA künftig weniger im Nahen Osten am Boden involviert sein, um einige ihrer militärischen Kräfte in den Pazifik zu verschieben.

Bewegen wir uns aus dem pazifischen Raum, sehen wir ein China, das seine Präsenz rund um den Globus intensiviert. Was steckt hinter der chinesischen

Globalstrategie?

Nur etwas wird China stoppen, das sind seine eigene Wirtschaft und interne Stabilität. Zu Beginn stellte ich fest, dass Europa nicht imstande zu sein scheint, mit seinen eigenen ökonomischen Problemen zurechtzukommen. Es ist unklar, ob China dazu imstande ist, seine eigene Wirtschaft zu transformieren und zu reformieren. Doch selbst wenn Chinas Wirtschaftsleistung etwas sinkt, sehe ich Peking mehr Präsenz aufbauen, in Zentralamerika, in Afrika, im Nahen Osten, besonders weil es von dem Öl und Gas dort abhängt, und natürlich im asiatischen Raum.

Neulich unterzeichnete China via einen Telekom-Milliardär einen spektakulären Vertrag zum Bau eines Kanals quer durch Nicaragua. Mit der Alternativroute zum Panamakanal positioniert sich China als Schlüsselspieler in der westlichen Hemisphäre. Stellt das Projekt auch eine militärische Bedrohung für die USA dar?

Ich denke, wir sind weit davon entfernt. Dafür brauchte China eine Seestreitkraft, die sie rund um den Globus einsetzen kann.

Offenbar verfolgt China seinen Weg zur Grossmacht auch auf den Weltmeeren. Nachdem es von der Ukraine einen Flugzeugträger gekauft hat, baut es nun im Eiltempo seinen eigenen.

Als Reporter auf zahlreichen US-Kriegsschiffen habe ich gelernt, dass es zum Status einer Seestreitkraft mehr braucht, als bloss Schiffe zu kaufen und zu bauen. Es braucht Seeleute und Offiziere, die gut genug ausgebildet sind, um komplexe Systeme zu bedienen, Tausende Seemeilen vom Heimathafen entfernt. China hat bis heute erst im Indischen Ozean im Kampf gegen die Piraterie ein wenig Erfahrung gesammelt. Und es hat bloss zwei, drei Schiffe im Einsatz. Chinesische Exkursionen ausserhalb des Südchinesischen Meeres sind immer noch sehr limitiert. Wir sind Jahre davon entfernt, dass China mit einer Seestreitkraft etwas Substanzielles in Zentralamerika ausrichten kann.

Ihre Helden im Buch «Asia's Cauldron» sind pragmatische, autoritäre Persönlichkeiten wie Singapurs Lee Kuan Yew, Malaysias Mahathir Mohamad und Chinas Deng Xiaoping, den sie als «einen der grössten Männer des 20. Jahrhunderts» bezeichnen. Sind autoritäre Herrscher in gewissen Regionen der Welt bessere Führer als demokratisch gewählte Staatschefs?

Ich denke, es ist unfair, Lee, Mahathir und auch Deng ausschliesslich als autoritär zu bezeichnen. Lee war der erste Premierminister Singapurs und übte von 1959 bis 1990 dieses Amt aus. Seine Autorität war sehr moderat und legte den Grundstein für eine parlamentarische Demokratie. Ähnlich verhielt es sich mit Mahathir, der von 1981 bis 2003 Malaysias Premier war. Und Deng hat während seiner Zeit als Führer der Volksrepublik China von 1979 bis 1997 die Lebensqualität von mehr Menschen verbessert als irgendein anderer Staatschef, und er hat dies schneller getan als irgendjemand zuvor in der Wirtschaftsgeschichte. Die persönlichen ökonomischen Freiheiten, welche Hunderte Millionen von Chinesen gewannen, ist das

Verdienst von Deng Xiaoping. Deshalb bezeichne ich ihn als einen der grössten Männer des 20. Jahrhunderts. Die erwähnten Männer sind nicht vergleichbar mit Despoten Afrikas oder des Nahen Ostens wie Saddam Hussein oder Baschar al-Assad.

Ein anderer Politiker, den man gemeinhin mit dem Prädikat «autoritär» versieht, ist Wladimir Putin. Wie sehen Sie ihn?

Auch Putin steht in einer anderen Kategorie als Lee, Deng oder Mahathir. Nach dem Chaos der Jelzin-Jahre hat er zu Beginn seiner ersten Regierungszeit die innere Sicherheit Russlands verbessert, aber das ist das einzig Gute, was man über Putin sagen kann. Putin ist ein sehr rückschrittlicher, nationalistischer Staatschef, der mittels Mafia und Einschüchterung regiert. Während er versucht, die Sicherheitslandschaft in Europa zu verändern, hat er für sein Volk, was persönliche Freiheiten anbetrifft, sehr wenig erreicht.

Wie erklären Sie denn, dass Putin gerade im russischen Volk höchste Popularität genießt?

Wir leben in einem Zeitalter, in dem die öffentliche Meinung präzise erfassbar ist. Putin weiss sehr genau, was sein Volk will. Die Russen sind sehr nationalistisch. Es ist wahr, Putins Popularität ist während der Ukraine-Krise dramatisch gestiegen. Wenn sich die Krise hinzieht mit einer stark geschwächten russischen Währung und deutlich tieferen Öl- und Gaspreisen, wird die russische Wirtschaft leiden und Putins Popularität mehr und mehr sinken.

Blicken wir von der Warte Russlands aus: Wir beobachten eine Nato, das weltgrösste Militärbündnis, das sich seit dem Fall der Sowjetunion sukzessive der eigenen Grenze nähert. Dann nimmt die EU verdeckt und öffentlich Einfluss im Nachbarland Ukraine. Wie soll da ein russischer Präsident idealerweise reagieren?

Erstens, die Ukraine ist bedeutender für Russland als für Westeuropa oder die USA. Zweitens, jeder Leader in Moskau kennt die Geschichte seines Landes. Russland wurde nicht nur von Napoleon und Hitler angegriffen, sondern auch von Schweden, Litauern und Polen. Also wird jeder russische Staatschef nach einer weichen Einflussphäre trachten, die als Barriere funktionieren kann. Für Russland ist es vernünftig, Einfluss in Zentral- und Osteuropa auszuüben. Die Art und Weise, wie Putin dies tut, ist jedoch nicht vernünftig. Seine Einflussnahme ist von sehr brutalem Charakter. Die Medien durch Dritte aufzukaufen, Osteuropa durch die Abhängigkeit von russischem Gas zu strangulieren, kriminelle Banden zu unterstützen, Geheimdienstaktionen zu lancieren – all das zeugt von krudem Imperialismus.

Wie beurteilen Sie die westliche Reaktion auf Putins Ukraine-Politik?

Trotz aller Medienschelte für Obama und Merkel glaube ich, dass die westlichen Führer einen respektablen Job gemacht haben, um Putin einzudämmen. Putin hat Einfluss über ein paar Enklaven in der Ostukraine. Aber der Rest der Ukraine hält stark zum Westen. Ich sehe nicht, wo Putin aus der Krise einen Nutzen ziehen will.

Haben die Sanktionen gewirkt?

Ja, ohne Sanktionen und Androhung von noch schärferen Sanktionen würde sich Putin heute viel aggressiver verhalten, in Moldawien und anderswo. Die Kombination von Sanktionen, diplomatischem Druck, Verstärkung der Nato in Zentral- und Osteuropa hat geholfen, Putin bis zu einem gewissen Punkt zurückzubinden; immerhin musste er das Projekt der South-Stream-Pipeline auf Eis legen. Aber morgen ist ein anderer Tag. Und manchmal, wenn ein Leader verwundet ist, kann er unberechenbar reagieren.

Ein Land, das schon viel länger unter rigorosen westlichen Sanktionen steht, ist der Iran. Millionen Menschen leiden darunter, derweil die Regierung das Atomprogramm mit Hochdruck vorantreibt. Wie lautet hier Ihre Bilanz des Sanktionsregimes?

Sanktionen sind kein Allheilmittel. Sie lösen keine Probleme, sie setzen die betreffende Macht unter Druck. Sie machen kompromissfähiger und kooperationswilliger. Die Tatsache, dass die Iraner seit einiger Zeit mit den westlichen Spitzen und mit Russland über ihr nukleares Programm konferieren, hat zum Teil mit den Sanktionen zu tun.

Die USA und der Iran haben sich einander in jüngerer Zeit diplomatisch angenähert. Sie sind überzeugter Unterstützer einer Détente. Warum?

Aussenpolitik orientiert sich an Notwendigkeiten, nicht an Wünschen. Und verschiedene Notwendigkeiten haben die USA und den Iran zu einer gegenseitigen Annäherung motiviert. Beide Staaten haben überlappende Interessen. Beide wollen den Islamischen Staat (IS) zerschlagen. Beide wollen al-Qaida schwächen. In Jemen lässt der Iran Stammesführer der Huthi, einer schiitischen Zaiditengruppe, im Kampf gegen al-Qaida ausbilden. Das ist auch in Amerikas Interesse. Die USA haben den IS im westlichen Teil vom Nordirak angegriffen. Der Iran tut dies im östlichen Teil des Iraks. Beide Parteien müssen neben dem Nuklearproblem auch über deconfliction sprechen, das heisst: Sie müssen sicherstellen, dass ihre Flugzeuge und anderen militärischen Mittel nicht zur gleichen Zeit am gleichen Ort agieren, sie müssen das Risiko einer Kollision militärischer Mittel verhindern, indem sie ihre Bewegungen koordinieren. Die Nukleargespräche haben einen Kontext geschaffen für einen inoffiziellen Dialogkanal zwischen dem Iran und den USA, wo verschiedene Sicherheitsfragen besprochen werden können. Ist einmal ein Anfang gemacht, könnte eine Aussöhnung mit dem Iran strategische Auswirkungen von grosser Tragweite haben. Sie könnte ein Gegengewicht gegen eine künftige Einflussnahme Chinas im Persischen Golf bilden. Und einen Puffer gegen den russischen Einfluss im Transkaukasus, wo Putin aus Armenien einen Satellitenstaat gemacht und das ölreiche Aserbaidschan zu einer engeren Kooperation gezwungen hat.

Ist es sinnvoll, eine Annäherung zu forcieren, bevor ein Abkommen in den Atomverhandlungen geschlossen worden ist?

Die USA und der Iran haben sich einander während 35 Jahren komplett entfremdet. In dieser Zeit hat der Iran sein Nuklearprogramm massiv ausgebaut. Entfremdung hat also nichts

gebracht ausser mehr Konfrontation. Die Hoffnung ist, dass Verhandlungen, kombiniert mit Sanktionen, und die Androhung von verschärften Sanktionen für den Fall, dass die Verhandlungen scheitern, den Iran zur Reflexion anhalten werden. Der Iran wird immer ein Nuklearprogramm haben, er ist eine Grossmacht in der Region. Die Frage lautet: Wird der Iran das Programm limitieren? Konkret: Ist dieses Nuklearprogramm weitgehend friedlich, und verfügt es nicht über die Fähigkeit zu einem breakout, das heisst über die Fähigkeit, innert weniger Monate eine Atombombe zu bauen?

Amerikas Verbündete in der Region – Israel und Saudi-Arabien – sind höchst alarmiert über das Atomprogramm des Iran und eine allfällige amerikanisch-iranische Annäherung.

Die Vorstellung, Israel oder Saudi-Arabien könnten eine Aussöhnung mit dem Iran bis in alle Ewigkeit verhindern, ist problematisch. Sie sollen die USA nicht daran hindern, eine diplomatische Gelegenheit zu ergreifen, die sich nur ein paarmal alle hundert Jahre bietet.

Ist es sinnvoll, einen langjährigen Freund wie Israel über Bord zu werfen, um sich einem Feind anzunähern?

Das spezielle Verhältnis zwischen den USA und Israel zu beenden, wäre extrem töricht. Wenn eine Annäherung an den Iran nachhaltig sein soll, müssen wir Israel schützen. Unsere Verbindung mit Israel basiert nicht nur auf dessen Charakter als demokratischer Staat, Israel ist auch eine wichtige Schachfigur, ein proamerikanischer militärischer Dynamo im Herzen des Nahen Ostens. Eine stolze und mächtige Nation lässt einen solchen Alliierten nicht einfach fallen, egal, wie ungünstig dessen Verhalten manchmal sein mag. Gleichzeitig müssen wir Israel in der Siedlungspolitik in die Schranken weisen, um den Druck auf die USA seitens der muslimischen Staaten zu lockern.

Wie stellen Sie sich vor, dass Israel in eine amerikanische Annäherungsstrategie an den Iran integriert werden kann?

Eine Détente geht man mit Feinden ein, nicht mit Freunden. Der Zweck einer Entspannung ist, die Lücke zwischen dir und deinem Feind zu verkleinern. Gleichzeitig gilt es, die Bande mit dem Freund zu stärken. Israels Premier Netanjahu mag einen Preis für die Annäherung an den Iran verlangen, mehr und billigere Waffen, mehr Geheimdienstaustausch zum Beispiel. Und wenn die Regierung Obama schlau ist, wird sie auf Israel zugehen.

Das halten Sie für möglich?

Nixon und Kissinger haben sich China angenähert und gleichzeitig einen Dialog mit Chinas Erzfeind, der Sowjetunion, eröffnet. Man muss das eine tun und das andere nicht lassen. Das ist schwierig, aber möglich.

Robert D. Kaplan

Der 62-Jährige ist einer der führenden aussenpolitischen Strategen der USA und Senior Fellow am Center for a New American Security. Seine home base ist jedoch nicht der Bürotisch. In der Tradition des antiken Reisegelehrten Herodot erwirbt und prüft er sein Wissen im Feld. «Ein guter Ort, um die Gegenwart zu verstehen und Fragen über die Zukunft zu stellen, ist auf dem Boden», sagt Kaplan, «indem man so langsam wie möglich reist.»

Als er vor 35 Jahren mit dem Reisen begann, hatte er tausend Dollar in der Tasche, keinen Job und kein Rückflugbillet. Seine Exkursionen führten ihn an die verwüsteten Orte dieser Welt. Als einer der Ersten prognostizierte er die ethnischen Konflikte in der Dritten Welt. Als in Berlin die Mauer fiel, war er im Kosovo, weit weg von der vorherrschenden weltpolitischen Euphorie. Damals entstand sein erster Bestseller, «Balkan Ghosts». Die Lektüre soll US-Präsident Clinton davon abgehalten haben, Streitkräfte auf den Balkan zu entsenden. Seit zwei Jahrzehnten beeinflusst Kaplan als Journalist und Buchautor mit seinem nüchternen Realismus die amerikanischen Entscheidungsträger, Geheimdienste und die Generalität. Das renommierte Foreign Policy-Magazin zählt ihn zu den «Top 100 Global Thinkers». (geh)

Kommentare

+ *Kommentar schreiben*

Urs Marthaler

22.01.2015 | 08:02 Uhr

Robert D. Kaplan ist ein typischer Repräsentant der USA. Seine Aussagen sind gepflastert mit amerikanischen hegomonischen Ansprüchen an die Weltdominanz.. Chalmers Johnson ist aus meiner Sicht ein weitaus besserer Analyst des Weltgeschehenseit Ende des 2ten Weltkrieges. Chalmers Ashby Johnson war Professor für Politikwissenschaft an der University of California, San Diego, Berater der CIA und Asienexperte."Ein imperium verfällt" und "Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie" sind herausragende Bücher die heute noch ihre Gültigkeit haben.

Die Weltwoche	WW Magazin	Kundenservice	Abo & Einzelbestellung	Platin-Club
Aktuelle Ausgabe	WW Magazin No 6/2014	Kontakt	Abonnemente	Aktuelle Angebote
Frühere Ausgaben	Frühere Ausgaben	Newsletter abonnieren	Studenten-Abo	Über den Platin-Club
Sonderhefte	Erscheinungsdaten	Adressänderungen & Mutationen	Weiterempfehlung mit Prämie	
Historisches Archiv		Radio, TV/Video, Events	Einzelausgaben	
Videokommentare		Referat	Adressänderungen & Mutationen	
Alle Umfragen		Denkanstoss	AGB	
Dossiers		Leserbriefe		
Die Weltwoche in anderen Medien				

Themenschwerpunkte	Smartphone Apps	Sonderwerbformen	Verlag
Gemeinderating 2014	Tablet Apps		Impressum / Disclaimer
Gemeinderating 2013	Facebook/Twitter		Kontakt
Erscheinungsdaten	Kooaba Paperboy		Sommerfest 2014 Sommerfest 2013
